

Internetsperren sind kein Mittel gegen Kinderpornografie

von Björn Böhning

Symbolpolitik ist die Kür des Wahlkampfjahres. Ein besonders schlimmes und in der Konsequenz weitreichendes Symbol hat sich die Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen ausgedacht und die SPD gleich mit in den Strudel gezogen. Mit einem „Gesetz zur Erschwerung des Zugangs zu kinderpornografischen Inhalten in Kommunikationsnetzen“ hat die große Koalition die Tür weit geöffnet, das Sperren von Internetseiten technisch und politisch umzusetzen. Dieses Gesetz ist eine Loose-Loose-Lösung: Es verhindert die Verbreitung von kinderpornografischen Inhalten im Netz nicht und schafft gleichzeitig die Voraussetzung dazu, die Meinungsfreiheit im Netz einzuschränken.

Das Bundeskriminalamt hat schon im April mit den großen deutschen Netz Providern Verträge geschlossen, die Zugangssperren zu bestimmten Seiten im Netz ermöglicht. Die Schaffung einer entsprechenden Infrastruktur wurde nun gesetzlich untermauert. Damit sollen künftig kinderpornografische Inhalte im Netz gesperrt werden. So wird zwar grundsätzlich der Zugang zu entsprechenden Internetseiten erschwert, aber zugleich der Tatbestand Kinderpornografie mitnichten bekämpft, da die Seiten schnell umgeleitet oder die Sperren leicht umgangen werden können. So entpuppt sich bei näherem Hinblick diese Maßnahme als zwar wohlinszenierter, aber doch durchschaubarer Flop. Viel schneller, effizienter und radikaler wäre es, die Provider in Deutschland, Europa und den USA (auf deren Servern vermutlich der größte Teil solcher Seiten liegt) dazu zu zwingen, Seiten mit kinderpornografischen Inhalten zu löschen. Zwei-

tens müssten die Landeskriminalämter endlich technisch und vom Know-How her stetig auf den neuesten Stand gebracht werden. Das Internet verändert sich so rasant, dass hier ein permanentes technisches wie edukatives Umrüsten notwendig ist. Dies ist mitnichten gegeben.

Zweitens begründet das „Von der Leyen-Gesetz“ den Aufbau einer Netzinfrastruktur, die eine Zensur des Internets möglich macht. Denn die CDU frohlockte bereits öffentlich damit, dass diese Infrastruktur auch genutzt werden kann, um politisch unliebsame Inhalte im Netz sperren zu können. Hier geht es an die Grundfesten der Meinungsfreiheit. Denn was heute Kampf gegen Kinderpornografie sein soll, ist morgen der Kampf gegen islamische Extremisten, ist übermorgen der Kampf gegen Nazis, ist überübermorgen der Kampf gegen Linksradikale und ist in der Zukunft jedes beliebige politische Thema. Hier wird ein Scheunentor zur Zensur des Internets geöffnet, dass progressive demokratische Kräfte kaum mehr schließen können.

Leider hat die SPD diese Debatte unterschätzt. Leider gibt es auch in der SPD zu viele, die das Internet nicht verstehen, oder seine demokratischen Potenziale geringerschätzen. Gerade deshalb ist es jetzt nötig eine eigene sozialdemokratische Netzpolitik zu formulieren, die Grundrechte stärkt, effizient gegen Fehlentwicklungen vorgeht und nicht – wie geschehen – jungen Menschen einfach das DSL-Kabel aus dem Rechner zieht.



↳ Björn Böhning ist Mitglied des SPD-Parteivorstandes.
www.bjoern-boehning.de. Twitter: Boehningb

Foto: Ralf Höschele